Redaktion von R. Hahn,
Druck und Verlag von R. Graßmann,
Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Kirchplatz 3 und
Schulzenstraße 17 bei O. H. T. Poppe.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 234. Abendblatt. Montag, den 24. Mai 1869.

Norddeutscher Reichstag.

44. Sitzung am 22. Mai.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Tische der Bundeskommissarien: Graf Bismarck, Präsident Delbrück, Geh. Ober-Finanzräthe Burghardt und Scheele.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der gestern abgebrochenen ersten Berathung der Gesetzentwürfe wegen Besteuerung der Schlußscheine und wegen Besteuerung des Braumalzes.

Der Bundeskommissar Geh. Ober-Finanzrath Scheele ergänzt in einem kürzeren Vortrage die Motive zu dem Gesetzentwurfe wegen Erhöhung der Braumalzsteuer; er weist auf die enorme Zunahme der Bierkonsumtion hin, mit welcher die Steuer nicht gleichen Schritt gehalten habe, und schließt mit den Worten: Wenn man den Einzelstaaten das Recht nicht absprechen kann, an den Reichstag die Forderung zu richten, die Matrikularbeiträge herabzusetzen, wenn Sie nicht verkennen, daß die Mindereinnahmen, welche in der Denkschrift des Finanzministers hervorgehoben sind, ihren wesentlichen Grund in den Maßnahmen haben, welche hier getroffen sind, wenn Sie anerkennen, daß Jahre dazu gehören, ehe das Defizit durch die Hebung der Verkehrsverhältnisse beseitigt wird, dann bitte ich Sie, die Parole auf Verwerfung aller Steuervorlagen aufzugeben und in eine unbefangene Prüfung derselben einzutreten.

Abg. Graf Kleist: Wenn wir den Rath, den uns der Abgeordnete Lasker gegeben hat, befolgen, so werden wir am Schlusse des Jahres 1870 nicht vor einem Deficit von 10 Millionen, sondern vor einem von 20 Millionen stehen. Der Abg. Lasker hat getadelt, daß man die Resultate des Jahres 1868 dem Finanzberichte zu Grunde gelegt habe. Ich bedaure es auch, daß das Jahr 1868 ein so schlechtes gewesen, aber die neuesten Erfahrungen müssen doch in Betracht gezogen werden. — Wenn von diesem Hause keine neuen Steuern bewilligt werden, dann ist die Folge davon, daß keine Zollermäßigungen eintreten. Die Abgg. des Zollparlaments aus Süddeutschland, welche am 23. Mai v. J. von hier mit warmen Worten sich verabschiedeten, und am 25. Mai, also 2 Tage später den bekannten Rechenschaftsbericht erließen, werden bei ihrer Wiederkehr eine sehr kühle Aufnahme finden. (Oho! Widerspruch.) Ich wenigstens kann solche Männer nicht als Hausfreunde betrachten. Sollen die indirekten Steuern aufgehoben werden, dann müssen Sie auch die Konsequenzen davon den Steuerzahlern klar legen. Geben Sie denn eine richtige Uebersetzung dieses Grundsatzes, die lautet: wir wollen z. B. die Mahl- und Schlachtsteuer aufheben, obgleich die Erfahrung festgestellt hat, daß weder das Brodt größer, noch das Fleisch billiger werden kann, und dann erwarten Sie die Antwort, die Ihnen darauf gegeben wird. Das Bedürfniß für die Steuern halte ich durch die Denkschrift des Finanz-Ministers für nachgewiesen und ich werde für jede Steuer stimmen, deren Bedürfniß nachgewiesen ist und deren Ziel und Veranlagung rationell ist.

Abg. Oehmichen (Sachsen) erklärt sich gegen die Vorlagen. Von einer Machterweiterung könne nicht die Rede sein, der Reichstag habe die Pflicht, die Vorlagen eingehend zu prüfen.

Abg. v. Kardorff wendet sich zunächst gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Waldeck und fügt dann hinzu, daß die Abgg. Lasker und v. Benda die Denkschrift des Finanzministers streng kritisirt hätten und daß er bedaure, dieser Kritik nicht entgegentreten zu können. Die Möglichkeit des Konflikts, welcher durch die Ablehnung der Steuern hervorgerufen werden könne, gebe er zu; dieser Konflikt aber werde in den preußischen Landtag verlegt, und man sollte sich doch sehr besinnen, ob man solche Möglichkeit hervorrufen wolle. Man müsse anerkennen, daß die Bundesregierungen Großes geleistet hätten in Beziehung auf die Gesetzgebung zur wirthschaftlichen Befreiung. Es sei dies eine Gesetzgebung, welche man seit der Steinschen Periode nicht erlebt habe. Der Abgeordnete Graf Renard habe gestern das Tabaksmonopol in Vorschlag gebracht. Auch er sei ein großer Freund des Tabakmonopols. Dasselbe sei jedenfalls das Steuersystem der Zukunft (oho!) und es werde bei uns etwa 20—30 Millionen einbringen. Dadurch werde man eine große Zahl anderer Steuern in Wegfall bringen können.

Abg. v. d. Heydt rechtfertigt sich gegen die Angriffe der Abg. v. Benda und Lasker. Ein Unterschied zwischen seinen Erklärungen in der Denkschrift und im preußischen Abgeordnetenhause existire thatsächlich nicht.

Abg. Becker: Die Besteuerung der Leuchtgegenstände sei eine Besteuerung des Gebrauchs der Augen der Menschen. Die Erhöhung der Klassensteuer um 50 pCt. werde die untersten Klassen nicht so hart treffen, wie die Besteuerung der nothwendigsten Lebensmittel und der Arbeitsbedingungen und diese träfe die Armen immer stärker, als die Besitzenden. Die direkte Besteuerung scheitere jedesmal an dem Widerstande der Bemittelten. Die Gassteuer sei vorgeschlagen, bevor man sich die Wirkungen derselben vergegenwärtigt habe. Diese Steuer wirke an verschiedenen Orten ganz verschieden. Am meisten aber widerstrebe ihm die Besteuerung der Eisenbahn-Reisenden. Diese Besteuerung treffe grade die Arbeit und den Betrieb. Habe man sich denn die Leute, die auf der Eisenbahn reisen, einmal ordentlich angesehen. (Von 188 Millionen Personenmeilen seien 147 Millionen von Passagieren 3. und 4. Klasse gefahren, und von den 18½ Millionen Thalern Fahrgeld hatten die Finanz-Barone, welche die erste Klasse benutzen, 1½ Million Thaler bezahlt. Diejenigen Personen, welche 3. und 4. Klasse fahren, machten die Reisen zum Broderwerb.

Abg. Graf Schulenburg-Beetzendorff spricht für die Vorlagen, indem er die Ausführungen der Vorredner angreift.

Abg. v. Bennigsen: Ich frage, berathen wir denn jetzt im Reichstage des norddeutschen Bundes, oder im preußischen Abgeordnetenhause? (Sehr richtig!) Wenn solche Erörterungen hier überhaupt möglich sind, dann muß doch irgend etwas in unsern verfassungsmäßigen Einrichtungen mangelhaft sein, oder in dem Verfahren der Regierung. Und wir begegnen denn auch einem etwas auffälligen Verfahren. Wo ist es Sitte, daß Einnahmen aufgehoben werden, ohne daß für die Deckung des Ausfalles vorher Sorge getragen würde. Solche Erörterungen dienen nur dazu, einen Konflikt zwischen dem nordd. Reichstage und dem preußischen Abgeordnetenhause hervorzurufen, welchen der norddeutsche Bund auf die Dauer nicht ertragen kann. Der Schwerpunkt muß allerdings im Reichstage liegen, aber dazu ist eine vollkommene Uebereinstimmung zwischen dem Reichstage und den Einzellandtagen erforderlich, und wenn dies so ist, dann haben wir uns zu hüten, irgend Schritte zu thun auf der abschüssigen Bahn, welche wir gestern betreten haben. Ein Staatswesen, wie der norddeutsche Bund mit seiner eigenen Verwaltung, muß auch finanziell selbstständig sein. Ob das in der nächsten Zeit schon möglich ist, das lasse ich dahin gestellt sein; das Ziel haben wir im Auge. Ein rationell durchgeführtes System der Verbrauchssteuern und Zölle verdient meiner Meinung nach den Vorzug vor dem Zuschlage zu den direkten Steuern. Ist das aber ein System, welches hier vorgeschlagen wird, wenn man die Mittel aus allen Winkeln der Apotheke zusammen sucht, um es dem Reichstage tropfenweis einzugeben. Wenn die Sache so liegt, so bleibt nichts Anderes übrig, als daß wir die Steuern ablehnen und den preußischen Landtag berufen, um ihn über das Defizit Beschluß fassen zu lassen. Es handelt sich hier nicht um eine Machterweiterung, sondern nur um die Ordnung eines Verhältnisses, welches bisher nicht hat geordnet werden können. Können Sie es uns verdenken, wenn wir die preußische Bevölkerung vor einer Ueberlastung bewahren wollen? (Hört! hört!) Können Sie dies als ein Streben nach Macht bezeichnen, als ein Ausnutzen finanzieller Verlegenheiten? Wir sind bereit, wirklichen Schaden in Preußen nicht aufkommen zu lassen, aber machen Sie es uns nicht unmöglich, indem Sie uns selbst mit unserem Gewissen als preußische Abgeordnete in Konflikt bringen.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich kann mich vollständig mit dem Herrn Vorredner einverstanden erklären, wenn er meint, daß es nöthig sei, dem Bunde eine selbstständigere Stellung zu geben. Grade dazu sind unsere Vorlagen vollkommen geeignet. Der Widerspruch gegen die Vorlagen verliert durch die Verschiedenheit seiner Motive nicht an seiner prinzipiellen Bedeutung; Sie sind darin einig, daß kein Geld bewilligt werden soll. Nicht recht klar ist mir gewesen wie der Vorredner zu der Befürchtung eines Konfliktes zwischen dem Reichstage und dem preußischen Abgeordnetenhause kam. Ich habe in diesen ganzen Verhandlungen den Standpunkt zu vertreten gesucht, daß beide Körperschaften sich einander in die Hände arbeiten sollen. Es ist ganz natürlich, daß die Ausdehnung des Schadens uns nicht bekannt werden konnte, als der Reichstag bereits beisammen war und daher erklärt sich auch die Menge der Vorlagen, welche in der Hast gemacht wurden, sobald wir den Schaden erkannt hatten. Ich glaube nicht, daß wir dem Finanzminister daraus einen Vorwurf machen können, daß er sich länger als Andere mit der Hoffnung geschmeichelt hat, die Lage würde sich bessern. Das Defizit besteht; es besteht aus drei Theilen, welche ich gewissermaßen das Defizit der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nennen möchte. Das Defizit entstand in einer für die Regierung sehr ehrenhaften Weise durch Ausgaben, welche für die Erleichterung des Verkehrs gemacht wurden und Ihr jetziges Verhalten ruft in der Regierung das Gefühl der Ermuthigung hervor. An den Untereinnahmen ist nicht die Regierung, sondern es sind die Verhältnisse schuld, das bedarf keines Beweises. Die Stockungen waren veranlaßt dadurch, daß die Erzeugnisse der industriellen Etablissements weniger Absatz gefunden haben und dafür kann die preußische Regierung nicht, und die ziemlich harten Vorwürfe, welche dem Finanzminister gestern gemacht sind, können meiner Ansicht nach nicht als zurecht bestehend betrachtet werden. Wenn der Finanzminister fast den ganzen Winter hindurch mit seinen Kommissarien genöthigt ist, den Verhandlungen des Landtags beizuwohner, wenn er für kollegialische Berathungen nicht Zeit gewinnen kann, wo soll da Zeit zur sachlichen Erwägung der Steuervorlagen herkommen? Wenn ein Schaden sich so plötzlich decouvrirt, so ist es bedeutend, wem solche Vorschläge gemacht werden. Ob die Zeit jetzt gekommen ist, den Schaden zu beseitigen, das zu beurtheilen hängt von Ihnen ab. Ich als Bundeskanzler bedarf von Ihnen kein Geld; auf dem Gebiete des Bundes ist der Bedarf gedeckt, aber ich bedarf als preußischer Minister des Nachweises, daß ich versucht habe, durch alle Mittel Geld zu bekommen für die Bedürfnisse des Staats; ich bedarf also entweder Ihrer Bewilligung oder Ihrer Quittung, daß Sie nichts bewilligen wollen, um mich vor dem preußischen Landtage zu legitimiren. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, das Facit zu ziehen, daß wir uns aufrichtig bemüht haben, das Geld von Ihnen zu bekommen und daß wir dafür sehr entsprechende Abhandlungen über Verfassungsfragen und Kritiken über die Thätigkeit des Finanzministers erhalten haben. Diese bedauerliche Ueberzeugung nehme ich mit. Ich habe keinen positiven Vorschlag vernommen, sondern nur die Hinweisung auf zu machende Ersparnisse. Wo diese eintreten sollen, darüber sind keine Vorschläge gemacht mit Ausnahme des Militäretats. Ich habe gestern schon gesagt, daß dieser Etat noch auf einige Jahre feststeht; ich habe schon gestern angedeutet, daß ich es wirklich hart finde, von Jemand zu verlangen, er soll die Geschäfte des Landes fortführen, wenn Sie ihm die Mittel dazu verweigern; ich habe schon gestern gesagt, daß Sie bereit sein müssen, auch dafür einzutreten und wenn Sie hier an dieser Stelle stehen, dann möchte ich Denjenigen sehen, der den Muth hat, das Land, um Ersparnisse zu machen, zu entwaffnen und wehrlos zu machen. Die Macht des Staates beruht auf seinem Degen, darüber werden wir wohl einig sein. Wie der Degen beschaffen sein muß, das zu bestimmen müssen Sie der gewiegten preußischen Militär-Verwaltung überlassen. Ich möchte nochmals an Ihr Billigkeitsgefühl appelliren und Sie bitten, sich wenigstens klar zu machen, daß die preußische Regierung für die Situation die Verantwortung an sich nicht trägt. Der Vorredner hat schon angedeutet, daß der preußische Landtag früher einberufen werden könnte; ich bin damit sehr einverstanden und ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir ihn sofort einberufen, denn die Ablehnung setzt mich in eine so ungewöhnliche Lage, daß ich über die Entschließung, welche von Seiten des Präsidiums gefaßt werden wird, keine Andeutung geben kann. Was wir dem preußischen Landtage, wenn wir ihn einberufen, vorlegen werden, können alsdann nur übereilte Vorlagen sein. Aber meine Herren ultra posse nemo obligatur: wir können kein Geld machen, wenn Sie es nicht bewilligen. Ich will nicht sagen, daß Sie durch die Ablehnung der Vorlagen die Verfassung schädigen, aber ich behaupte, sie schädigen dadurch das Land.

Abg. Miquel spricht gegen die Vorlagen, indem er auszuführen sucht, daß das Defizit gar nicht existire. Die Behauptung, daß das Defizit ein dauerndes sein werde, bezeichnet er als eine politisch leichtfertige, und er erklärt, daß er an eine eminente Staatsgefahr nicht glauben könne. Träten große politische Ereignisse ein, so müßten die Kosten dazu doch durch besondere Mittel aufgebracht werden.

Finanzminister v. d. Heydt berichtigt verschiedene Ausführungen des Vorredners.

Abg. Löwe erklärt, daß er in einem Provisorium keine definitive neue Belastung schaffen wolle. Dieser Grund ist für mich völlig durchschlagend; heute kann nur eine Verminderung der Armee helfen. Man kann die Armee vermindern, und Europa wird wissen, daß wir jeden Augenblick eine Armee auf die Beine bringen können, welche uns aus jeder Eventualität siegreich hervorgehen läßt. (Unruhe.) Wenn Sie dies bestreiten, so beweisen Sie nur, daß Sie unser Volk nicht kennen. (Oho!) Der Bundeskanzler hat immer gesagt, daß er bereit sei, seine Stelle niederzulegen, wenn wir die Forderungen nicht bewilligen; so meine ich, wäre es doch an der Zeit, dies auch einmal an einer anderen entscheidenden Stelle zu sagen. (Oho!) Wie die Landwirthe bei der Branntweinsteuer, die Börsenleute bei der Börsensteuer schreien, ebenso haben die armen Leute bisher bei den indirekten Steuern empfunden. Glaubt der Herr Bundeskanzler, daß irgend eine absolute Monarchie ihrem Volke mit einem Dutzend Steuern auf einmal kommen kann? Nein, das thut der Absolutismus nicht und selbst in der Konfliktszeit haben wir keine neuen Steuern bekommen. Was uns Noth thut, daß ist die strenge Wirthschaft im Haushalt. Mir liegt der Gedanke an Machterweiterung so fern, wie nur irgend Einem, weil ich genau die Dinge schätze und weiß, daß die Faktoren fehlen, mit denen wir rechnen müssen. Aber die Kontrole haben wir verlangt, und auch der Finanzminister sollte die Kontrole wünschen. Ich werde nur neue Steuern bewilligen, wenn sie mit einer Reform der bestehenden Steuern verbunden sind. Das Defizit zu decken, kenne ich nur einen Weg. Das sind die Ersparnisse im Militär-Etat. (Lebhafter Beifall.)

Bundeskanzler Graf Bismarck: Meine Bemerkungen über die glänzende Beredsamkeit scheint der Vorredner gerade für sich in Anspruch zu nehmen. (Heiterkeit.) Der Vorredner ist auf den Militär-Etat zurückgekommen. Ich würde die Bürgschaft, welche der Vorredner bei Verminderung unserer Wehrkraft persönlich übernommen hat, acceptiren, wenn ich glaubte, daß eine siegreiche feindliche Armee durch die Macht der Beredsamkeit aufgehalten werden könnte. (Große Heiterkeit.) Ich bin der Ueberzeugung, daß die Herren an dem Bau gar nicht so rütteln würden, wenn sie nicht sicher wären, daß sie ihn nicht einreißen können. Die Armee ist für die Sicherheit des Landes nöthig. Persönlich will ich erklären, daß ich jede Verantwortlichkeit für irgend einen Zeitungsartikel ablehne, selbst für den „Staats-Anzeiger". Ich schreibe keine Zeitungsartikel, ich habe nicht einmal Zeit die Zeitungen zu lesen, meine Mittel erlauben mir das nicht. (Große Heiterkeit.) Soll die Regierung für eine offiziöse Zeitung verantwortlich gemacht werden, so müßte sie dieselbe selbst redigiren und dann würde die Zeitung so langweilig werden, wie der „Staats-Anzeiger". (Große Heiterkeit.)

Die Diskussion wird geschlossen und nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen wird zur Abstimmung geschritten.

Für die Ueberweisung der Vorlagen an eine Kommission erhebt sich Niemand; die zweite Berathung wird somit im Plenum stattfinden.

Darauf schließt die Sitzung um 4¾ Uhr. — Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. — Tagesordnung: Gewerbeordnung.

Deutschland.

□ **Berlin**, 23. Mai. Die bisherigen Berathungen des Reichstags über die Finanzvorlagen haben leider die Aussichten auf eine Verständigung zwischen Reichstag und Regierung nicht verstärkt. Die Redner aller Fraktionen der liberalen Partei haben mehr oder minder Opposition gegen die Vorlagen gemacht. Wenn irgend ein Punkt als solcher zu bezeichnen ist, durch welchen die Regierung trotz alles Anstürmens gegen dieselbe befestigt worden ist, so ist es der Umstand, daß die Redner der Opposition sich nicht nur untereinander, sondern sogar mit sich selbst in Widerspruch verwickelt haben. Während einerseits behauptet worden ist, daß das Bedürfniß der gestellten Forderungen nicht bestimmt zu erkennen und die Pflicht des Reichstags zur Bewilligung nicht nachzuweisen sei, ist auf der andern Seite das Bedürfniß anerkannt und die Kritik nur gegen die Mittel gerichtet worden, die zur Deckung ausersehen sind. Wenn aber schon die Auffassungen über die Bedürfnißfrage oder über die Frage, ob die Deckung im Reichstag oder im Landtage zu suchen sei, weit auseinander gehen, so würde das noch weit mehr der Fall sein, wenn die Opposition die Wege angeben sollte, auf welchen für die Bedürfnisse des Bundes resp. Preußens Sorge zu tragen wäre. Höchst wunderbar und auffallend ist es übrigens, daß die liberale Presse und die liberalen Redner die Absichten der liberalen Partei, die Finanzvorlagen zur Erweiterung der parlamentarischen Macht-Befugnisse zu benutzen, in Abrede stellen und andrerseits doch mit dürren Worten erklären, daß dieselben ihre Zustimmung zu den Steuern nur dann geben können, wenn zugleich ein Hauptartikel ihres Programms, die Kontingentirung der Steuern, zunächst mit Hinsicht auf den preußischen Landtag zur Ausführung gebracht werde. Sie wollen also das Steuerbewilligungsrecht des Landtags in die preußische Verfassung einführen, nach der bis jetzt bekanntlich die bestehenden Steuern, wenn ein Etatsgesetz nicht zu Stande kommt, nach wie vor forterhoben werden können. Das erklären alle liberalen Blätter und versuchen doch andrerseits die Absichten, auf Erweiterung der parlamentarischen Machtbefugnisse in Abrede zu stellen. Die Kontingentirung der Steuern und das daraus hervorgehende Steuerbewilligungsrecht des Landtags ist aber ganz entschieden eine parlamentarische Machterweiterung. Herr Lasker hat bereits auch ganz offen erklärt, daß man nur den Moment, wo der eiserne Militär-Etat außer Kraft trete, abwarte, um das Steuerbewilligungsrecht auch für den Reichstag in Anspruch zu nehmen. Man arbeitet also sichtbar darauf hin, einen ernsten Prinzipienkampf oder Konflikt auch auf dem Bundesgebiete herbeizuführen. Wenn schließlich der Bundeskanzler Graf Bismarck in der heutigen Sitzung des Reichstags erklärt hat: Sie bewilligen entweder die Steuern und damit Geld oder stellen mir wenigstens die Quittung aus, daß Sie nichts geben, damit ich mit derselben vor den preußischen Landtag treten kann, so hat das seine Bedeutung. Die Regierung will nämlich im Fall der Ablehnung der Steuervorlagen im Reichstag ihre Forderungen sofort an den preußischen Landtag richten und zu diesem Behufe eine außerordentliche Session desselben schon zum

15. Juni anberaumen. — Seit längerer Zeit ist das Handelsministerium mit der Frage beschäftigt, wie für die Sicherheit des Betriebs der Eisenbahnen in Bezug auf die Gefahr des Umsturzes der Telegraphenstangen zu sorgen sei. Die Gutachten der Sachverständigen haben sich in der Richtung ausgesprochen, daß bei der oberirdischen Führung der Telegraphenlinien eine vollständige Sicherheit schwer zu erzielen und eine solche nur durch die unterirdische Leitung herbeizuführen sei. Da letztere Anlagen erhebliche Kosten verursachen und deren Ausführung daher für die nächste Zukunft nicht in Aussicht genommen werden kann, so soll darauf Bedacht genommen werden, den oberirdischen Leitungen eine größere Stabilität zu geben und zwar durch Anwendung der sogenannten Doppelständer, statt der einfachen Stangen. Ein solcher Doppelständer besteht aus zwei auf 4 Fuß Entfernung senkrecht eingegrabenen Stangen, welche oben und unten durch eine Verbindung befestigt werden, außerdem noch durch eine diagonale Strebe. Mit dieser Einrichtung ist schon im Frühjahr 1868 längs der Berlin-Potsdamer Bahn der Versuch gemacht worden, der sich auch bewährt hat, obgleich die Stangen mit vielen Gesträngen belastet sind. Auch starke Stürme haben diesen Anlagen nichts geschadet. Von Seiten der General-Direktion des Telegraphenwesens ist nun die Herstellung solcher Doppelständer auf allen stark belasteten Linien, wo es die Mittel zulassen, angeordnet worden. Die Maßregel wird ebensowohl dem Eisenbahn- als dem Telegraphen-Betriebe zu Gute kommen. — Von dem Centralbureau des Zollvereins ist eine Uebersicht der in der Betriebs-Periode vom 1. Septbr. bis 31. Dezbr. 1868 auf den Rüben-Zucker-Fabriken des Zollvereins verarbeiteten Runkelrüben, der darin aufgekommenen Steuer ꝛc. aufgestellt worden. Nach derselben sind im gesammten Zollvereine 31,423,782 Ctr. Rüben verarbeitet worden, von welchen eine Steuer von 7,855,659 Thlr. erhoben wurde. Die Kosten für die mit der Beaufsichtigung der Fabriken beauftragten Steuerbeamten beliefen sich auf 128,630 Thlr. Es bleiben mithin zur gemeinschaftlichen Theilung 7,727,029 Thlr., von welchen aufgebracht worden sind: durch den norddeutschen Bund 7,425,660 Thlr., Baiern 53,599 Thlr., Würtemberg 194,403 Thlr. und Baden 53,367 Thlr. Es sind an Bonifikationen für ausgeführten Zucker 105,820 Thlr. und zwar allein vom norddeutschen Bunde gezahlt worden, so daß zur schließlichen Theilung 7,621,209 Thlr. kommen. Es geht aus der Uebersicht hervor, daß die Rübenzucker-Fabrikation fast ausschließlich von dem norddeutschen Bunde betrieben wurde, in welchem Preußen eine hervorragende Stelle einnimmt. Die Gesammtzahl sämmtlicher Rübenzucker-Fabriken im Zollvereine betrug 295, im norddeutschen Bunde 284 — hiervon in Preußen 218 — in Baiern 4, in Würtemberg 6, in Baden 1. Neben Preußen sind im norddeutschen Bunde zu erwähnen: Anhalt mit 35 und Braunschweig mit 25 Fabriken, die übrigen norddeutschen Staaten haben nur eine sehr geringe Rübenzuckerfabrikation, Mecklenburg und Oldenburg gar keine. In Preußen wurde Rübenzucker hergestellt: in der Provinz Sachsen auf 141, Schlesien auf 39, Brandenburg auf 18, Pommern auf 7, Rheinprovinz auf 5, Hannover auf 5, Westphalen auf 2 und Hessen-Nassau auf 1 Fabrik, während die Provinzen Preußen, Posen und Schleswig-Holstein gar keine Fabriken hatten. — Das Aeltesten-Collegium der hiesigen Kaufmannschaft hat sich in einer Eingabe an das Handelsministerium mit einem von der Düsseldorfer Handelskammer aufgestellten Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Fabrikmarken und Etiquetten, übereinstimmend erklärt, soweit dieser die Errichtung eines Centralbüreaus und Gründung eines Centralblattes zum Schutze der Handels- und Fabrikzeichen betrifft, dagegen die weitgreifenden und rigorosen Strafbestimmungen des Entwurfs größtentheils abgelehnt.

Berlin, 23. Mai. Se. Majestät der König hat, wie gestern von Babelsberg gemeldet worden ist, eine ruhige Nacht gehabt und ist das Unwohlsein fast gänzlich gehoben. Vormittags 11 Uhr arbeitete der König mit dem Kriegsminister v. Roon und dem Chef des Militär-Kabinets v. Tresckow, nahm hierauf die Vorträge des Geh. Hofrathes Borck, des Geh. Regierungsrathes Wehrmann entgegen, konferirte mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und empfing dann den Besuch des Kronprinzen. Aus Anlaß des Besuches des Vice-Königs von Egypten, der am 7. Juni Abends erwartet wird, ist der König genöthigt, die Inspektionsreise nach Hannover, Westphalen, Hessen abzukürzen. So ist z. B. aus dem Reiseprogramm der Aufenthalt in Kassel, welcher vom 2. bis 5. Juni dauern sollte, schon ganz gestrichen.

— Von den 4000 Lehrern, die hier versammelt waren, wohnten am Mittwoch ca. 1800 der Oper „Oberon" bei. Das Schauspielhaus konnte am folgenden Tage etwa nur 1700 Personen fassen. — Am Mittwoch Nachmittags nahmen die Lehrer auch die Gemächer im hiesigen Schlosse in Augenschein.

Hamburg, 22. Mai. Der Senat beschloß in seiner heutigen außerordentlichen Sitzung die Einwendungen der Bürgerschaft gegen die Wahl des Dr. Schröder zum Senator als begründet nicht anzuerkennen, jedoch dessen auf Montag angesetzte Beeidigung auszusetzen, bis der in dieser Angelegenheit entstandene Dissens auf verfassungsmäßigem Wege seine Erledigung gefunden habe.

Bremen, 22. Mai. Ein amtliches Telegramm aus Berlin kündigt den Besuch des Königs von Preußen definitiv auf den 1. Juni an.

Bremen, 21. Mai. Von den beiden Bremer Schiffen, welche als Begleitschiffe der deutschen Nordpolarexpedition in Aussicht genommen waren, den Schunerbriggs „Porto Plata" und „Fulton", ist nach genauer Prüfung und Besichtigung dem letzteren schließlich der Vorzug gegeben worden. Der „Fulton" ist 121 Last groß, bereits in Dock genommen und schon in voller Umwandlung für den Zweck der Expedition begriffen.

— Namens der Bremer Kaufmannschaft wird die Handelskammer das Zollparlament zu einem Besuche Bremens einladen.

Karlsruhe, 20. Mai. Durch Vermittlung des Königl. preußischen Gesandten Grafen von Flemming ist ein werthvolles Geschenk Seiner Majestät des Königs von Preußen, das bekannte Prachtwerk: „Denkmäler aus Egypten und Aethiopien" von Lepsius, für die Bibliothek der polytechnischen Schule hierher gelangt.

Ausland.

Wien, 23. Mai. Die „Wiener Zeitung" meldet in ihrem amtlichen Theile die Verleihung des Ordens vom goldenen Vließ an den Prinzen Otto von Baiern. — In unterrichteten Kreisen wird die Nachricht von der angeblich im Juni beabsichtigten Reise des Kaisers nach Konstantinopel für völlig unbegründet erklärt.

— Anläßlich der Nachricht, die Weigerung des Bischofs von Linz, vor Gericht zu erscheinen, gründe sich auf einem päpstlichen Breve, erklärt der „Volksfreund", daß ein solches Breve nicht existire; der Bischof habe nur ein einfaches Schreiben des Papstes erhalten, in welchem seine Ueberzeugung, daß den weltlichen Gerichten nicht das Recht zustehe, in Strafsachen gegen ihn einzuschreiten, getheilt wird. Der „Volksfreund" fügt hinzu, es denke übrigens kein österreichischer Bischof daran, der Staatsgewalt aktiven Widerstand entgegenzusetzen.

Venedig, 22. Mai. Der Vicekönig von Egypten, welcher gestern eingetroffen ist und einer großen Parade beigewohnt hat, wird sich morgen nach Florenz begeben.

Lissabon, 22. Mai. Dem „Journal de commercio" zufolge würde der Infant August zum König von Spanien gewählt werden; wie dasselbe Blatt meldet, wäre eine Vermählung des Prinzen mit einer Tochter des Herzogs von Montpensier beabsichtigt.

— Die projektirten Finanzmaßregeln haben große Aufregung hervorgerufen.

Pommern.

Stettin, 24. Mai. Se. Königliche Hoheit der Kronprinz traf erst heute Mittag mit dem Berliner Courierzuge zur Truppen-Inspektion hier ein und hat das von uns mitgetheilte Programm in Betreff der Inspektion in Folge dessen einzelne Abänderungen erfahren. Um $1\frac{1}{2}$ Uhr gab der Kronprinz in seinem Palais ein Diner, zu welchem die Spitzen der Civilbehörden, sowie die noch hier versammelten Mitglieder des General-Landschaftstages Einladung erhalten hatten. Morgen nach Beendigung der Inspektion wird der Kronprinz den höheren Offizieren der Garnison ein Diner geben und soweit bis jetzt bestimmt ist, Nachmittags um 4 Uhr per Dampfer „Princeß Royal Victoria" die Reise nach Swinemünde fortsetzen. — Die öffentlichen, sowie viele Privatgebäude und die im Hafen liegenden Schiffe prangten zum Empfange des Kronprinzen schon seit heute früh im Fahnenschmucke.

— Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Regierungs-Assessor Wendt in Stralsund zum Regierungs-Rath zu ernennen.

— Für das handeltreibende Publikum ist ein Erkenntniß sehr wichtig, welches kürzlich das Obertribunal bezüglich der Uebernahme von Schulden eines Geschäftsnachfolgers abgegeben hat. Dasselbe lautet in seinem Tenor: „Der Uebernehmer einer Handlung und deren Firma wird aus der bloßen Thatsache dieser Uebernahme für Schulden der Firma auch dann ebenso, als wenn er sie selbst kontrahirt hätte, verhaftet, wenn in dem Uebernahmevertrage auch ausdrücklich verabredet worden ist, daß die Forderungen und Schulden der Handlung nicht mit übergehen sollen. Daher muß auch die auf den Namen der Firma eingegangene Wechselverbindlichkeit von dem neuen Inhaber der Handlung als auf ihn übergegangen anerkannt werden."

— In Jacobshagen passirte bei dem am 20. d. abgehaltenen Kreis-Ersatz-Geschäft, daß auch ein 19jähriges Mädchen beordert war. Nach Ausweis der Stammrolle war Tag und Jahr der Geburt, sowie die Namen richtig angeführt, nur fehlten zwei „e", denn statt Johanne Auguste war Johann August vermerkt worden, ein Versehen, das von dem Geistlichen seiner Zeit zunächst im Kirchenbuche veranlaßt worden ist. Die mit dem weiblichen Kantonisten erschienene Mutter berief sich auf die noch lebenden Taufzeugen, welche das Geschlecht des Kindes bezeugen könnten. Der bei dem Ersatzgeschäft fungirende Arzt gab sein Gutachten dahin ab, daß die Person schon nach dem oberflächlichen äußeren Augenschein zu urtheilen unzweifelhaft dem weiblichen Geschlechte angehöre, weshalb eine weitere eingehendere Untersuchung wegen etwa vorliegender Täuschung nicht nöthig sei. Zum Bedauern der Kommission mußte der oder die sonst kräftig und wohlgebildete Militärpflichtige aus der Liste gestrichen werden. Das komische Intermezzo rief natürlich bei den Kommissions-Mitgliedern Lächeln hervor; dem Mädchen war nicht wohl zu Muth, es konnte sich schließlich des Weinens nicht erwehren.

— Stettin besitzt innerhalb seiner Mauern und Wälle so wenige Gartenlokale, daß es nicht mehr als billig erscheint, dem Schöpfer des allerliebst angelegten Louisengartens, Herrn Hotel-Besitzer Schmitt, Dank zu zollen. Auch dieses Jahr hat Herr Schmitt es sich angelegen sein lassen, durch allerhand Verschönerungen und Verbesserungen seinen Louisengarten zu einem höchst angenehmen Aufenthalt zu machen. Wir halten es für Pflicht, das Publikum auf diesen reizenden Platz ganz besonders aufmerksam zu machen.

— Bei der am Sonnabend den 22. d. Mts. in Gotzlow im Meyerschen Lokale stattgehabten Militärmusterung kam es durch das Verhalten einzelner Gestellungspflichtigen zu Ruhestörungen, die in thätlichem Widerstande gegen den dort zur Dienstleistung stationirten Schutzmann Höpfner und den Gendarmen Käding, sowie schließlich zu einem offenen Aufruhr ausarteten und bedurfte es des thatkräftigsten Auftretens dieser Beamten, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Hauptbetheiligter bei dem Vorgange war der als Raufbold bekannte, schon wiederholt bestrafte Arbeiter Rob. Karl Ludwig Siebert aus Grabow, der sich sogar mit einem Säbel bewaffnet, den ein dienstlich beim Ersatzgeschäfte kommandirter Soldat im Hinterzimmer des Meyerschen Lokals aufbewahrt hatte, und die vorgedachten Beamten wiederholt thätlich angriff. Theilnehmer waren: der Arbeiter Aug. Mart. Ed. Andrasch, der Arbeiter Fr. Bohl und der Schleifer Aug. Fr. Nörenberg sämmtlich aus Grabow a. O., sowie der verehelichte Arbeiter Hagemann und der verehelichte Maurergeselle Böttcher, beide aus Gotzlow, welche durch verschiedene aufhetzende Aeußerungen die Tumultuanten zum Widerstande und zu Thätlichkeiten gegen die Beamten anfeuerten. — Die ganze Gesellschaft wird nun wohl nächstens wegen Hausrechtsverletzung, thätlichen Widerstandes gegen Beamte und Aufruhrs vor dem Strafrichter erscheinen und dürfte die sie treffende Strafe gerade keine geringe sein. — Eine zweite Brutalität wurde an demselben Tage und an demselben Orte von dem wegen Körperverletzung bereits mit 1 Jahr Gefängniß bestraften Arbeiter Wilh. Fr. Joh. Thurow aus Grabow a. O. wider den Maurergesellen Hagemeister insofern verübt, als T., der vorher in eine Schlägerei verwickelt gewesen war, plötzlich auf den ruhig dort stehenden vollständig unbetheiligt gewesenen Hagemeister mit einem geöffneten Messer losstürzte und demselben einen Stich in den linken Oberarm versetzte, so daß der Verletzte nach ärztlichem Gutachten einige Zeit arbeitsunfähig ist.

Anclam, 21. Mai. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten kam die Errichtung des Kriegsschul-Gebäudes zur näheren Berathung. Die ursprünglich auf 80,000 Thlr. angegebenen Baukosten haben sich auf 111,300 Thlr. erhöht. Die Arbeiten des Rohbaues werden nun mit aller Energie in Angriff genommen werden und hofft man am 1. Oktbr. 1870 oder 1. April 1871 das Gebäude fertig hergestellt und bezogen zu sehen. Sodann zahlt der Militärfiskus einen Miethszins von jährlich 5160 Thaler. Die Baugelder sollen von der Lebensversicherungsbank „Concordia" in Köln, welche zu 5 pCt. Zinsen pro Jahr, $\frac{1}{2}$ pCt. Damno und 1 pCt. Amortisation das Geld herleihen will, gegen hypothekarische Verpfändung der Anclamer Kämmereigüter Bugewitz, Kosenow, Eichenfelde, Gellendin und Pelsin entnommen werden. Das Haupt-Gebäude wird 3 Etagen hoch, mit Thürmen an den Ecken. In demselben untergebracht: 1 Direktor, 7 Offiziere, 5 Unteroffiziere, 100 Kriegsschüler und 68 Bedienungsmannschaften. Die Schüler sind sämmtlich zu 4 zusammen in einem Zimmer. — Die hiesige Schützengilde hat beschlossen, Se. Königl. Hoheit den Kronprinzen auf der Durchreise hierselbst als ihren jetzigen Schützenkönig festlich zu begrüßen.

Cöslin, 22. Mai. Die Eröffnung der Bahnstrecke Cöslin-Stolp, welche am 1. Juni stattfinden sollte, hat in Folge einer Senkung des Dammes bei Cöslin um 4 Wochen verschoben werden müssen.

Stralsund, 23. Mai. Am Donnerstag, den 20. d. M., wurde die neuerbaute Kirche zu Pantlitz, im Kreise Franzburg, feierlich eingeweiht. Zu dieser Feier hatten sich außer der Gemeinde selbst auch der Herr Regierungs-Präsident Graf v. Behr-Negendank und der Verweser des Landraths-Amtes Herr Graf zu Stolberg, sowie manche benachbarte Besitzer eingefunden. Die Weihrede hielt der Herr General-Superintendent Dr. Jaspis, die Predigt Herr Pastor Zander, der Pfarrer der beiden Kirchspiele Ahrenshagen und Pantlitz, die Liturgie und eine Ansprache aus dem Altar Herr Superintendent Josephson aus Barth. Eine größere Anzahl von Pastoren der nahe gelegenen Kirchspiele wohnten der Feier bei. Die Herstellung der neuen Kirche ist Seitens zweier vereinigten Patronate geschehen, welche bei dem Bau vertreten waren durch Frau Baronin v. Mecklenburg auf Pantlitz und Frau v. Stumpfeldt-Lilienanker auf Daskow. Wie im Aeußern, so auch im Innern ist die Ausstattung des kirchlichen Gebäudes eine durchaus vollständige und reiche geworden. Das kunstreiche Spiel der Orgel Seitens des Herrn Musikdirektor Wagner aus Greifswald trug nicht wenig zur Erhöhung der Feierlichkeit bei. Nach beendigtem Gottesdienste versammelten sich die anwesenden Gäste zu einem festlichen Mittagsmahle in Daskow.

Theater-Nachrichten.

Stettin. (Sommer-Theater.) Herr Direktor Herrmann scheint dieses Jahr mit dem Vorführen kleiner Piecen besonderes Glück zu haben. Nachdem die Posse „Moritz Schnörche" durch das treffliche Spiel des Herrn Herrmann in der Titelrolle, so wie das hübsche Charakterbild von Wilken: „Elzevir", in welchem Herr Dr. Korth und Herr Herrmann als Zademak excellirten, einen wahren Beifallssturm herbeiführten, brachte der letzte Sonntag wieder zwei kleine Novitäten, die das sehr zahlreich versammelte Publikum höchst angenehm unterhielten. „Eine Prise gefällig, Sire?" ist eine glücklich dramatisirte Anekdote, die auch hier außerordentlich einschlug und sich öfter sehen lassen darf. — Von den in der allerliebsten Bluette Beschäftigten gebührt Herrn Koeth (Karl XII.) und Herrn Stritt (Sparre) unbedingtes Lob. Auch Frl. L. Rosée gab sich in der Rolle der Erna Warrens ersichtliche Mühe. Die gute Darstellung brachte den fleißigen Künstlern stürmischen Hervorruf am Schlusse des Stückes ein. — Recht freundlich wurde auch die zweite Novität: „Im Schlafe" aufgenommen. Das harmlose Lustspiel wurde durch die treffliche Darstellung der drei Hauptrollen: Arthur von Tenne (Herr Reubke), Emma (Frl. Müller), Kommerzienräthin Hahn (Frl. Räuber) und Dr. Ramming (Herr Koeth) zu einer gewissen Bedeutung erhoben und dürfte sich ebenfalls einige Zeit auf dem Repertoir erhalten. Ganz besonders hervorzuheben ist das Zusammenspiel, durch welches sich das Sommertheater auch dieses Jahr wieder auszeichnet und wodurch selbst die schwächeren dramatischen Produkte stets genießbar erscheinen. Von Gedächtnißfehlern der Schauspieler haben wir hier noch nichts bemerkt.

Vermischtes.

— Die in Cork eingelaufene Hamburgische Bark „Pyrmont", Kapt. Niemeyer, landete den Kapitän, 7 Mann von der Mannschaft und die sämmtlichen Passagiere des auf hoher See verbrannten Klipperschiffes „Blue Jackett". Dieselben waren sieben Tage in einem offenen Boote allen Einflüssen der Witterung in einem Grade ausgesetzt, daß drei Personen ihren Tod fanden. Kapitän Niemeyer nahm Alle an Bord, gab ihnen an Kleidern, was vorhanden war, und kreuzte einige Zeit, um die beiden anderen Boote wo möglich zu retten. Durch die Verzögerung wurde der Proviant auf der „Pyrmont" knapp, doch halfen zwei Schiffe, denen er begegnete, aus.

Börsen-Berichte.

Stettin, 24. Mai. Wetter leicht bewölkt. Wind SW. Temperatur + 14° R.

Weizen fest und höher, pr. 2125 Pfd. loco gelber inländ. 66—$68\frac{1}{2}$ Rt. bez., bunter poln. 65—$67\frac{1}{2}$ Rt., weißer 68—69 Rt., ungar. 54—60 Rt., 83—85pfd. Mai-Juni $67\frac{1}{2}$, $\frac{3}{4}$ Rt. bez., Juni-Juli $67\frac{1}{2}$, 68 Rt. bez., Juli-August $68\frac{1}{4}$, $\frac{3}{4}$ Rt. bez., Septbr.-Oktober $66\frac{3}{4}$, $67\frac{1}{2}$ Rt. bez., Gd. u. Br.

Roggen loco unverändert, Termine fest und höher, per 2000 Pfd. loco $50\frac{1}{2}$—52 Rt., feinster $52\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., Mai-Juni $52\frac{1}{2}$, $\frac{7}{8}$ Rt. bez. u. Br., Juni-Juli $51\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., Br. u. Gd., Juli-August 50 Rt. bez., Septbr.-Oktbr. $49\frac{1}{8}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Gerste unverändert, pr. 1750 Pfd. loco ungarische 36—43 Rt., Oderbruch $42\frac{1}{2}$ Rt. bez., 43 Gd.

Hafer fest, pr. 1300 Pfd. loco $32\frac{1}{2}$—34 Rt., 47—50pfd. Mai-Juni $33\frac{3}{4}$ Rt. bez.

Erbsen still, per 2250 Pfd. loco Futter- 52—53 Rt., Koch- 55 57 Rt.

Winterrübsen per September-Oktober $88\frac{3}{4}$ bez.

Rüböl fester, loco $11\frac{5}{12}$ Rt. Br., Mai $11\frac{1}{3}$ Rt. Br., Mai-Juni $11\frac{1}{12}$ Rt. bez., $\frac{1}{6}$ Gd., $\frac{1}{4}$ Br., Sept.-Oktober $11\frac{1}{4}$, $\frac{1}{3}$ Rt. bez., Br. u. Gd.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß 17 Rt. bez., Mai-Juni 17 Rt. nom., Juni-Juli 17, $17\frac{1}{12}$ Rt. bez., Juli-August $17\frac{1}{4}$, $\frac{1}{3}$ Rt. bez., August-Septbr. $17\frac{5}{12}$ Rt. bez. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 17, $17\frac{1}{12}$ Rt. bez.

Angemeldet: 100 Wspl. Roggen, 100 Ctr. Rüböl.

Regulirungs-Preise: Weizen $67\frac{1}{2}$, Roggen $51\frac{3}{4}$, Rüböl $11\frac{1}{6}$, Spiritus 17.

Stettin, den 24 Mai.

Hamburg	6 Tag.	$151\frac{7}{8}$ bz
"	2 Mt.	$150\frac{7}{8}$ B
Amsterdam	8 Tag.	$142\frac{1}{2}$ bz
"	2 Mt.	—
London	10Tag.	6 $27\frac{7}{8}$ bz
"	3 Mt.	6 $25\frac{1}{8}$ B
Paris	10 Tg.	$81\frac{11}{12}$ B
"	2 Mt.	$81\frac{7}{12}$ B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—
Wien	8 Tag.	—
"	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 5 %
Sts.-Anl. 5457	$4\frac{1}{2}$	—
" "	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—
" "	4	—
" Rentenb.	4	—
Ritt. P. P. B. A.	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—
" Prior.	4	—
" "	$4\frac{1}{2}$	—
Starg.-P. E. A.	$4\frac{1}{2}$	—
" Prior.	4	—
St. Stadt-O.	$4\frac{1}{2}$	92 B
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielh.-O.	5	—
Pom. Chausseeb.-O.	5	102 B
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	115 B
Pr. See-Asseccuranz	4	—
Pomerania	4	115 B
Union	4	110 B
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	160 B
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower "	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	96 B
Germania		$102\frac{1}{2}$ B
Vulkan		160 G
St. Dampfmühle	4	103 B
Pommerensd. Ch. F.	4	—
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	100 B
Grabow Stadt-Obl.	5	—